Reformideen und Forderungen

Gemeinsam brauchen wir ein positives Zukunftsbild und eine Vision, wie wir als Gesellschaft Pflege, Betreuung und gesundheitliche Versorgung einer alternden Gesellschaft gestalten wollen.

Es liegt uns fern, die alleinige Verantwortung den politisch Verantwortlichen zuzuweisen. Allerdings liegt es an der Politik, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, wodurch Veränderungen, Neuausrichtungen und Innovationen ermöglich werden. Um das System neu aufzustellen, braucht es einen klaren politischen Willen sowie die Bereitschaft der Leistungserbringenden, die Veränderungen mitzugestalten. Und nicht zuletzt wird ein gesellschaftlicher Konsens dazu benötigt.

Zur sozialen Pflegeversicherung

- Sofortige grundlegende Struktur- und Finanzreform der sozialen Pflegeversicherung
- Zeitnahe Reduzierung der pflegebedingten Eigenanteile
- Umgehende Auflösung der Sektorengrenzen zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Langzeitpflege
- Auflösung der (finanziellen und leistungsrechtlichen) Ungleichbehandlung zwischen den Sektoren
- Aufbrechen der verhafteten Strukturen, um flexible, integrierte und modulare Modelle zu ermöglichen
- Digitale Transformationsprozesse ermöglichen, forcieren und finanzieren

Für Betroffene und ihre An- und Zugehörigen

- Finanzielle und soziale Entlastung der pflegebedürftigen Menschen und deren An- und Zugehörigen
- Stärkung häuslicher Pflegearrangements
- Flächendeckende und bedarfsgerechte Bereitstellung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen sowie Rehabilitations- und Beratungsangeboten
- Nachhaltige Sicherung und Ausbau bestehender ambulanter Leistungsangebote, insbesondere im Entlastungsbereich
- Entlastung pflegender An- und Zugehöriger durch Flexibilisierung der Leistungsangebote
- Ermöglichung einer Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
- Etablierung neuer Konzepte, die das Quartier in den Blick nehmen und freiwilliges Engagement fördern

Zur Versorgungssituation

- Sofortige Entbürokratisierung im Gesundheits- und Pflegesektor
- Ausbau der Digitalisierung in der Pflege, Integration von Technologien wie Telemedizin, Telepflege und intelligente Assistenzsysteme
- Überführung bereits erprobter Konzepte in die Regelversorgung
- Entwicklung von Angeboten in lokaler Verantwortungsallianz, basierend auf einer verbindlichen kommunalen Altenhilfeplanung
- Flächendeckende Planung und Umsetzung präventiver Konzepte zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit, z. B. präventive Hausbesuche
- Unterstützung und finanzielle Förderung von Bund und Ländern für den Aufbau und die Weiterentwicklung der kommunalen Angebote
- Pflege muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und in allen Lebensbereichen thematisiert werden

Zur Profession Pflege

- Schaffung von guten Rahmenbedingungen in den Pflegeberufen
- Einführung eines abgestuften Qualifikationsmix mit unterschiedlichen Kompetenzprofilen und eine Kompetenzerweiterung der Pflegefachpersonen
- Angemessene Bezahlung in den Pflegeberufen und finanziell honorierte Weiterbildungen
- Konsequente Integration von Pflegemitarbeitenden aus dem Ausland, verlässliche und einheitliche aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen sowie ein Abbau unnötiger bürokratischer Barrieren
- Bedarfsgerechte Finanzierung der Pflegeschulen und Hochschulen als Investition in Bildung und Qualifizierung sowie Förderung der hochschulqualifizierten Pflegeausbildung
- Einführung eines selbstverantworteten Berufsrechts

Diakonie
Württemberg

Diakonisches Werk Württemberg
Abteilung Gesundheit, Alter, Pflege

ZUKUNFT DER PFLEGE

Wie kann gute Versorgung künftig gelingen?

Die aktuelle Situation und Herausforderungen in der Altenhilfe

Vor 30 Jahren wurde die soziale Pflegeversicherung in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Das Ziel war es, eine finanzielle Entlastung von Menschen mit Pflegebedarf und auch der Sozialhilfeträger zu erreichen. Jedoch kommt mittlerweile das System der sozialen Pflegeversicherung zunehmend an seine Grenzen, nicht nur finanziell, sondern auch strukturell.

Eine notwendige grundlegende Reform wird aber seit Jahren von verschiedenen Regierungskoalitionen vertagt und auf der politischen Agenda nicht priorisiert.

Zudem verhindert das bisherige, über Jahre hinweg etablierte Silodenken entlang des Leistungsrechts innerhalb der Sektoren der Langzeitpflege eine innovative Neuausrichtung von Angeboten, was wiederum zu einer starren Verhaftung in den Strukturen führt. Dabei finden sich Herausforderungen nicht nur in der Systematik der Pflegeversicherung selbst. Sondern auch der demografisch bedingte und stetig zunehmende Personalbedarf in der professionellen Pflege, die Belastung von pflegenden An- und Zugehörigen sowie steigende Versorgungsengpässe im gesamten Gesundheitswesen sind weitere Gründe für notwendige Reformen.

Es braucht eine Neuausrichtung der ambulanten und stationären Langzeitpflege auf allen Ebenen und unter Beteiligung aller Akteure. Bundes- und Landespolitik, Kommunen, Träger, Interessensvertretungen und die Zivilgesellschaft müssen entsprechende Weichen stellen.

Die soziale Pflegeversicherung

- Zahl pflegebedürftiger Menschen wächst – aufgrund des demografischen Wandels und der steigenden Lebenserwartung
- Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung steigen. Bereits heute ist sie defizitär. Es besteht die Gefahr einer Insolvenz der Pflegeversicherung
- Pflegeleistungen werden immer teurer. Es besteht die Gefahr von Versorgungsproblemen, da sich nicht jeder pflegebedürftige Mensch die Zuzahlungen zu Pflegeleistungen leisten kann
- Anträge und somit Ausgaben der „Hilfe zur Pflege“ durch die Sozialhilfe steigen; Belastung der Steuerzahler:innen ist dadurch immens
- Die Aufteilung in ambulante und stationäre Versorgungsformen trägt zu einer sektoralen Versäulung bei, dadurch erfolgt ein ineffizienter Einsatz der finanziellen und personellen Ressourcen

Pflegebedürftige Menschen und ihre An- und Zugehörigen

- Der überwiegende Teil der pflegebedürftigen Menschen wird zu Hause versorgt. Das häusliche Setting und pflegende An- und Zugehörige werden unzureichend gefördert und finanziell entlastet
- Häusliche Pflege wird meist von Frauen übernommen. Pflegearrangements erleben aufgrund der Veränderung von Familienkonstellationen einen tiefgreifenden Wandel
- Pflegebedürftigkeit oder die Pflege eines An- und Zugehörigen birgt Risiken, wie Armut oder Vereinsamung und schränkt die Lebensqualität ein
- Gesellschaftliche Partizipation und Selbstbestimmung ist bei Menschen mit Pflegebedarf eingeschränkt

Die Versorgungssituation

- Kommunen setzen ihre Pflichtaufgaben zur Altenhilfe aus § 71 SGB XII bislang unzureichend um. Es fehlt an konkreten landesrechtlichen Vorgaben
- Die SPV kommt ihrem Sicherstellungsauftrag nach § 69 SGB XI nicht ausreichend nach. Pflegeeinrichtungen geraten unter finanziellen Druck
- Der Ausbau der Digitalisierung in der Pflege kommt nur schleppend voran, was auch an einer fehlenden Finanzierung liegt. Der Einsatz von digitalen Technologien wird oft kritisch gesehen
- Innovative Versorgunganätze werden immer wieder erprobt, jedoch kommt es zu selten zu einer Verstetigung von Projekten. Neue Ansätze zur Versorgung im gesamten Gesundheitswesen werden bislang unzureichend etabliert

Die Profession Pflege

- Trotz steigender Beschäftigungszahlen in Pflege und Betreuung kann der Bedarf nicht mehr gedeckt werden
- Der Personalbedarf steigt weiter – aufgrund der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen und der Berentung der sog. „Babyboomer-Generation“
- Der demografische Wandel trifft die Pflege doppelt, auch in finanzieller Hinsicht
- Der Anwerbung von Pflegepersonal aus dem Ausland stehen hohe bürokratische Anforderungen entgegen
- Beschäftigte in der Pflege verlassen ihren Beruf aufgrund mangelnder Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit

Ausführliche Informationen

Die ausführliche Komplettfassung dieses Positionspapiers mit umfassendem Zahlen- und Quellenmaterial steht als PDF zum Download zur Verfügung: www.diakonie-wuerttemberg.de/abteilungen/gesundheit-alter-pflege oder via QR-Code:

Impressum

Kontakt
Gabriele Hönes
Leitung der Abteilung Gesundheit, Alter, Pflege
Diakonisches Werk der evang. Kirche in Württemberg e. V.
Tel.: 0711 1656-264, Mobil: 0162 1021864
E-Mail: Hoenes.G@diakonie-wuerttemberg.de
Hausanschrift: Heilbronner Str. 180, 70191 Stuttgart
Postanschrift: Postfach 10 11 51, 70010 Stuttgart
www.diakonie-wuerttemberg.de

Bildnachweise
supersizer, iStock (Titel)
South_agency, iStock (links)
Vilkasss, Pixabay (andere Seite)

Grafische Gestaltung
Büro 6B, Stuttgart

Druck
Colorpress Druckerei GmbH, Nürtingen

Stand
November 2024